

Gesetze willkürlich genutzt worden ist. (Radio Wuhan, 2.8.84, zit. nach SWB, 8.8.84) -lou-

*(44)

Schutzmaßnahmen für spezialisierte Haushalte

Daß die sog. spezialisierten Haushalte (das sind Haushalte, die im Rahmen der ländlichen Kleinindustrialisierung sich auf ein Spezialgebiet konzentriert haben) nicht problemlos arbeiten können, beweisen die Schutzmaßnahmen, die einige Provinzen ergreifen mußten.

So wurde beispielsweise Yang Huai, ein Mitglied eines spezialisierten Haushaltes für Transport im Dorf Tanzu, Stadtbezirk Feiteng, Kreis Guyuan in der Autonomen Region Ningxia von einer Automobilreparaturstation in Xianyang bei seiner Arbeit behindert. Das Gericht der Stadt Xianyang nahm sich dieses Falles an und entschied zugunsten von Yang Huai. Am 31. Dezember 1983 wurde Yang Huai vom Personal der Automobilreparaturstation von Xianyang aufgefordert, eine Straßenerhaltungsgebühr für Januar 1984 zu zahlen, als er von einer Fahrt zu einem Kunden in Xian (Ningxia) zurückkehrte. Yang Huai berief sich mehrmals auf die vom Ministerium für Kommunikationswesen erlassenen Regelungen, die die Erhebung von Straßenerhaltungsgebühren bei Fahrten zwischen Provinzen und Präfekturen verbieten. Anstatt ihm zuzuhören, bestand das Personal der Automobilreparaturstation gebieterisch darauf, seinen Wagen in Verwahr zu nehmen. Da er keine andere Wahl hatte, bezahlte Yang mit Tränen in den Augen die sog. Gebühr in Höhe von 200 Yuan, das war das gesamte Geld, das er zu jener Zeit besaß. Nach seiner Rückkehr nach Guyuan erzählte er in einer dortigen Automobilreparaturstation über sein Mißgeschick. In Übereinstimmung mit den staatlichen Regelungen halfen ihm die Genossen dieser Automobilreparaturstation. Die Automobilreparaturstation von Xianyang weigerte sich jedoch wiederholt, die Gebühr zurückzahlen. Obgleich Yang schließlich den Prozeß gewann und moralische Unterstützung erhielt, so hat er doch mehr als 300 Yuan für diese Sache ausgegeben. Um die von ihm rechtswidrig erhobenen 200 Yuan zurückzubekommen, mußte er in fünf Monaten mehrere Reisen machen, so daß ihm hohe Reisekosten entstanden. (Radio Xian, 27.8.84, zit. nach SWB, 31.8.84)

Das Komitee der Kommunistischen Partei der Präfektur Baise hat 10 Punkte erlassen, um die legitimen Rechte spezialisierten Haushalte entschlossen zu schützen und deren Entwicklung zu fördern. Diese

Punkte, die im Hinblick auf gewisse Verletzungen der Rechte spezialisierter Haushalte erlassen wurden, sind wie folgt: (1) Es ist verboten, in die wirtschaftlichen Aktivitäten spezialisierter Haushalte einzugreifen und sie zu beschränken. (2) Es ist verboten, einseitig Verträge zu lösen, die mit spezialisierten Haushalten abgeschlossen wurden. Falls solche Verträge gelöst werden, muß eine wirtschaftliche Kompensation gezahlt werden. (3) Es ist verboten, von spezialisierten Haushalten Geld zu fordern unter dem Vorwand, einen guten Stil zu zeigen. (4) Es ist verboten, von spezialisierten Haushalten Geld unter verschiedenen Vorwänden zu leihen, Egalitarismus und den wahllosen Transfer ihrer Ressourcen zu betreiben. (5) Es ist verboten, spezialisierte Haushalte zu zwingen, Teilhaber zu werden oder Schein-Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, mittels deren einige Leute reich werden, ohne zu arbeiten. (6) Es ist verboten, Geld von spezialisierten Haushalten zu erpressen. (7) Es ist verboten, sich Vorteile von spezialisierten Haushalten zu verschaffen unter dem Vorwand, den Geschmack prüfen zu wollen. (8) Es ist verboten, sich die Früchte der Arbeit spezialisierter Haushalte anzueignen oder diese zu schädigen. (9) Es ist verboten, die Materialien oder Preise, die vom Staat an die spezialisierten Haushalte gegeben werden, zu unterschlagen. (10) Es ist verboten, willkürlich Geschäftslizenzen oder Lizenzen für den Betrieb von Fahrzeugen zurückzuhalten oder aufzuheben.

Die Präfektur Baise hat bereits verschiedene Fälle behandelt. Der spezialisierte Haushalt des Huang Yaozong im Dorf Damei der Guiming Brigade der Shitan-Kommune in der Stadt Baise hatte in den letzten Jahren eine große Menge von Früchten produziert. Einige Menschen hatten deswegen rot gesehen. Am Abend des 5. Mai 1984 wurden 515 Bananenstauden, 383 Melonenpflanzen und 27 Schößlinge zerstört, was einen Gesamtverlust von 5.400 Yuan bedeutet. Nach diesem Vorfall führten die betreffenden Abteilungen sofort eine Untersuchung an Ort und Stelle durch. Mit der Unterstützung der örtlichen Parteiorganisation und der Massen wurde der Fall erfolgreich gelöst, der Hauptschuldige und seine Komplizen wurden am 22. Juni festgenommen. Den Schuldigen wurde aufgegeben, wirtschaftliche Entschädigung zu zahlen. (Radio Nanning, 7.7.84, zit. nach SWB, 11.7.84)

Am 21. August 1984 gab die Volksregierung der Provinz Guangdong ein Rundschreiben heraus, in dem die

Regierungen aller Ebenen gebeten werden, Schluß zu machen mit der Erhebung verschiedener Gebühren bei einzelnen Industrie- und Handelshaushalten. In dem Rundschreiben wird ausgeführt, daß einige Abteilungen und Einheiten den unteren Ebenen willkürlich unter allen möglichen Vorwänden Gebühren auferlegen. Die Situation sei sehr ernst. Eine solche Praxis sei sehr schädlich für die Ziele von Staat und Partei sowie für die Interessen des Staates und der Menschen. (Radio Guangzhou, 25.8.84, zit. nach SWB, 30.8.84) -lou-

TAIWAN

*

*

* * * * *

*(45)

Feierlicher Empfang für Flugzeugentführer

Die sechs chinesischen Bürger (fünf Männer und eine Frau), die am 5. Mai des vorigen Jahres eine Verkehrsmaschine der chinesischen staatlichen Fluggesellschaft CAAC (Civil Aviation Administration of China) mit 96 Passagieren und 9 Besatzungsmitgliedern an Bord nach Südkorea entführt hatten (s. C.a., Mai 1983, S. 270 ff., Ü 6) und von der südkoreanischen Justiz zu vier bis sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, sind nun in Taiwan gelandet (ZYRB u. LHB, 14.-15.8.84). Am 13. August hat die Regierung in Seoul die Strafen gegen die sechs Flugzeugentführer "suspendiert" und sie nach Taiwan abgeschoben. In einer Erklärung hat der Sprecher des südkoreanischen Justizministeriums Lo Soojung die Verbrechen der Betroffenen gegen internationale Konventionen und koreanische Gesetze bekräftigt. Ihre Freilassung wurde damit begründet, daß sie während der über einjährigen Haftzeit im Zuchthaus ihre Tat "tief bereut" hätten und daß es auch Bittschriften um ihre Freilassung gegeben habe. Aus menschlichen Überlegungen, so Lo, wurde ihnen erlaubt, den Zielort der Abschiebung auszusuchen. Alle hätten den Wunsch geäußert, nach Taiwan zu gehen (The Korea Herald, 14.8.84).

Von Anfang an wollte Taiwan die sechs Personen nicht als Luftpiraten, sondern als "Freiheitskämpfer" betrachten. Obwohl sie vom Amts- wie vom Berufungsgericht in Seoul zu den für den Fall nach südkoreanischer Rechtsprechung relativ milden Freiheitsstrafen verurteilt wurden, hat dies in Taiwan zu starker antikoreanischer Stimmung geführt (s. C.a., Mai 1983, S. 288, Ü 48, Sept. 1983, S. 559f. u. Dez. 1983, S. 742f., Ü 44). Nach der Ablehnung der Berufung der Angeklagten durch die

dritte Instanz hat die Taipeier Regierung über diplomatische Kanäle die Koreaner energisch aufgefordert, die Häftlinge wegen ihrer politischen Motive der Freiheitsflucht durch Präsident Chun Doo Hwan zu begnadigen.

Offenbar im Hinblick auf Beijing, mit dem Seoul anlässlich der Rückgabe des entführten Flugzeuges und der Passagiere zum ersten Mal offiziellen Kontakt aufgenommen hat, und aufgrund des Wunsches, die geschaffenen Beziehungen noch weiter ausbauen zu können, haben die Koreaner die Freilassung der Flugzeugentführer immer wieder verzögert. Darüber hinaus hat Südkorea Rücksicht auf internationale Reaktionen sowie auf sein eigenes Ansehen als Rechtsstaat nehmen müssen. So hat man statt der administrativen Rettung über den Weg der Bewährung im Rahmen des Justizressorts die Flugzeugentführer auf freien Fuß gesetzt und sie gleichzeitig abgeschoben.

Ursprünglich wollte Taiwan die "Freiheitskämpfer" mit einer Sondermaschine in Seoul abholen. Da die Südkoreaner dies strikt ablehnten, wurde eine Linienmaschine der staatlichen Fluggesellschaft Taiwans CAL (China Air Lines) vom Typ Boeing 767 ohne Fluggäste entsandt. Aus Sicherheitsgründen wurde eine Nachrichtensperre verhängt und bei der Heimkehr statt der normalen direkten Flugroute ein Umweg durch den japanischen Luftraum über Kyushu und die Ryukyu-Inseln geflogen. Nach der Landung wurden die Flugzeugentführer als Helden empfangen. Tagelang machten sie in den Medien große Schlagzeilen. Einen Tag nach ihrer Ankunft gab ihnen sogar Staatspräsident Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo) eine Audienz. Von der staatlichen Anstalt für Flüchtlinge bekam jeder von ihnen 30.000 NT\$ (39 NT\$ = 1 US\$). Außerdem wurde ihnen gemeinsam noch eine Spende in Höhe von 1.718.725 NT\$ übergeben.

Nach der Übergabe der Flugzeugentführer sind die Beziehungen zwischen Seoul und Taipei deutlich entspannter. Als Rache für ihre Verhaftung in Seoul hatte Taipei eine offizielle Verlängerung der Vereinbarung über die Luftfahrt zwischen beiden Seiten verweigert und im Mai vorigen Jahres mit dem Argument der Gleichberechtigung als Ausrede einseitig die Zahl der Linienflüge von KAL (Korea Air Lines) nach Taipei halbiert. Zwei Tage nach ihrer Freilassung gab Taiwan seine Zustimmung für die Vertragsverlängerung.

Wahrscheinlich war es auch kein Zufall, daß am 31. August ein Urteil des Amtsgerichts Taipei gegen

den Hongkonger Chinesen namens Liang Weiqiang (Leung Wai-keung) gefällt wurde, der am 20. März 1984 eine Linienmaschine der British Airways vom Typ Boeing 747 mit 338 Passagieren und 16 Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Weg von Hongkong nach Beijing zur Kursänderung nach Taiwan gezwungen hatte. Der Entführer wollte mit der Aktion seine Ablehnung der Rücknahme Hongkongs durch die Kommunisten demonstrieren. Außerdem verlangte er gleichzeitig von Beijing, Jiang Qing hinzurichten und Seoul zur Freilassung der sechs chinesischen Flugzeugentführer zu zwingen. Er wurde jedoch nicht wegen Flugzeugentführung, sondern wegen "Gefährdung der Flugsicherheit" zu einer relativ milden Strafe von anderthalb Jahren Zuchthaus mit Bewährung verurteilt. Das Gericht begründete das Urteil damit, daß der Täter antikomunistische Motive gehabt und als Bedrohungsmittel nur einen Erpressungsbrief verwendet habe (ZYRB u. LHB, 1.9.1984). Er wurde bereits am 27. Juli gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt, nachdem Seoul einen Tag zuvor Taiwan die Bereitschaft zur Freilassung der sechs chinesischen Flugzeugentführer mitgeteilt hatte (s. C.a., Juli 1984, S.391, Ü 42). -ni-

*(46)

Neue Amtsbesetzungen

Nach der Umbildung des Exekutiv Yuan (Kabinetts) und der Regierung der Provinz Taiwan Ende Mai und Anfang Juni ds. Js. (s. C.a., Juni 1984, S.325 f.) erfolgte im August auch eine Erneuerung des Prüfungsyuan. Laut Verfassung der Republik China von 1947 werden der Präsident, der Vizepräsident und die Mitglieder des Prüfungsyuan vom Staatspräsidenten mit Zustimmung des Kontroll Yuan ernannt. Der neue Präsident heißt Kong Decheng (Kung Teh-cheng), 64, aus der Provinz Shandong - ein Nachkomme des Konfuzius. Zum Vizepräsidenten wurde erstmals ein einheimischer Politiker, Lin Jinsheng (Lin Chinscheng), 68, ernannt. Unter den 19 neuen Mitgliedern des Prüfungsyuan befindet sich nur ein Einheimischer, während die übrigen aus 18 verschiedenen Provinzen des chinesischen Festlands stammen. So hat man auch bei der Umbildung des Prüfungsyuan den Anspruch der Republik China demonstrieren wollen, das gesamte China zu vertreten (ZYRB, 9.u.17.8.84).

Ein Führungswechsel fand auch in zwei dem Prüfungsyuan unterstehenden Ministerien statt. Der neue Prüfungsminister Qu Shaohua (Chu Shao-hwa), 68, stammt aus der Provinz Hebei, der neue Personalminister Chen Gueihua (Chen Kwei-hua), 66, aus der Provinz Guang-

dong (ZYRB, 30.8.84).

Ferner wurde das Amt des Regierungssprechers und Direktors des Informationsbüros unter dem Exekutiv Yuan von Zhang Jingyyu (Chang Ching-yü), 47, aus der Provinz Hunan besetzt (ZRBY, 23.8.84). Sein Amtsvorgänger, Song Chuyu (James C.Y. Soong), 42, aus der Provinz Hunan wurde zum Direktor der Kulturabteilung des ZK der Regierungspartei, Guomintang (Kuomintang), ernannt. Das von dem neuen Vizepräsidenten des Prüfungsyuan Lin Jinsheng freigemachte Amt des Vorsitzenden der Disziplinarkommission des ZK der Guomintang wurde von Zhou Yinglong (Chou Ying-lung), 51, ebenfalls aus der Provinz Hunan, übernommen (ZYRB, 9.8.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*

*

*(47)

Demokratisierung für die Übergangszeit in Hongkong

Am 18. Juli hat die Hongkonger Regierung ein Grünbuch über politische Reformen der britischen Kolonie veröffentlicht. Es ist geplant, die Zahl der "offiziellen" Mitglieder des Legislativrats "Legco" (Legislative Council) Schritt für Schritt zu reduzieren und gleichzeitig einen großen Teil der "inoffiziellen" Mitglieder durch ein Gremium der Mitglieder des Stadtrats (zuständig für hygienische und kulturelle Angelegenheiten), der Bezirks- und Gemeinderäte sowie durch die Wählerschaft verschiedener Gesellschaftsbranchen mit spezifischen Funktionen wählen zu lassen. Am Anfang wird diese Veränderung in zwei Stufen nach den Gemeindewahlen 1985 bzw. 1988 durchgeführt. Bis 1988 sollen die Sitze im Legco wie folgt verteilt werden:

- 1) 12 vom Gremium der Kommunalratsorgane gewählte "inoffizielle" Mitglieder;
- 2) 12 von den Wählerschaften mit besonderen Gesellschaftsfunktionen gewählte "inoffizielle" Mitglieder;
- 3) 16 ernannte "inoffizielle" Mitglieder;
- 4) 10 "offizielle" Mitglieder.

Im Jahr 1989 wird, so lautet es in dem Grünbuch, sich auf die bis dahin gesammelten Erfahrungen stützend, über die weitere Entwicklung diskutiert.

Veränderungen wird es ebenfalls im Exekutivrat "Exco" (Executive Council) geben. Allmählich soll die Mehrheit der ernannten "inoffiziellen" Mitglieder durch die-